

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
Kapitel 1: Einleitung	35
A. Einführung	35
B. Ziel der Arbeit	37
C. Gang der Untersuchung	38
Kapitel 2: Entwicklung der Gesetzgebung und Rechtsprechung im Hinblick auf die gemeinsame Verantwortlichkeit	40
A. Vergleich von DSGVO, DSRL und BDSG a.F.	40
I. Übereinkommen Nr. 108 des Europarates	40
II. DSRL	42
III. BDSG a.F.	43
1. Begriff der verantwortlichen Stelle	43
2. Funktionsübertragung	44
3. Weiterleitungspflicht im Fall mehrerer speicherberechtigter Stellen (§ 6 Abs. 2 BDSG a.F.)	44
IV. Änderungen mit der DSGVO	45
1. Begriff des (gemeinsam) Verantwortlichen	45
2. Einführung des Art. 26 DSGVO	46
3. Abweichende Rollen wie die Funktionsübertragung	48
B. Rechtsprechung des EuGH zur gemeinsamen Verantwortlichkeit	49
I. Wirtschaftsakademie-/Fanpage-Entscheidung	49
1. Sachverhalt	50
2. Verfahrensablauf	51
3. Entscheidungsgründe	52
II. Zeugen-Jehovas-Entscheidung	53
1. Sachverhalt	53
2. Verfahrensablauf	54
3. Entscheidungsgründe	54
III. Fashion-ID-/Social-Plugin-Entscheidung	55
1. Sachverhalt	55
2. Verfahrensablauf	56

3. Entscheidungsgründe	56
Kapitel 3: Sinn und Zweck der Rechtsfigur der gemeinsamen Verantwortlichkeit	58
A. Einordnung der Verantwortlichkeit unter der DSGVO	58
I. Verantwortlicher als Normadressat und Verantwortlichkeit als Bedingung für die (sachliche) Anwendbarkeit	59
II. Bedeutung für die räumliche Anwendbarkeit	61
B. Hintergrund der Rechtsfigur der gemeinsamen Verantwortlichkeit	61
I. Die gemeinsame Verantwortlichkeit als eigene Rechtsfigur	62
II. Risikoadäquate Pflichtenzuteilung und Haftung	63
III. Effektivität der Ausübung und Gleichrangigkeit der Betroffenen-Rechte	65
1. Bedeutung der gemeinsamen Verantwortlichkeit für die Möglichkeit zur effektiven Ausübung der Betroffenen-Rechte	65
a. Zuweisung der Verantwortlichkeiten entsprechend der Entscheidungsgewalt	66
b. Eindeutige Erkennbarkeit der Verantwortlichen als Adressaten von Betroffenen-Ersuchen	66
c. Möglichkeit zur Auswahl des Adressaten nach Effektivitätsgesichtspunkten	68
2. Beitrag zu dem Konzept einer Gleichrangigkeit der Betroffenen-Rechte	69
IV. Verwirklichung von Technologieneutralität und Zukunftsfestigkeit	71
V. Ausprägung des Transparenzgrundsatzes über Art. 5 Abs. 1 lit. a DSGVO hinaus	73
1. Transparenz i.e.S. – Transparenz gegenüber betroffenen Personen	74
a. Perspektive	74
b. Reichweite der Transparenz i.e.S.	75
c. Bedeutung aus grundrechtlicher Perspektive und in der Systematik der DSGVO	76
d. Die gemeinsame Verantwortlichkeit als Ausprägung des Grundsatzes der Transparenz i.e.S.	78
2. Überblick, Selbstkontrolle und Policy-Funktion – Transparenz zwischen gemeinsam Verantwortlichen	79

3. Aufsichtserleichterung – Transparenz gegenüber Aufsichtsbehörden	82
VI. Zwischenergebnis	82
C. Berücksichtigung grundrechtlicher und EU-primärrechtlicher Positionen	83
I. Anwendbarer Grundrechtskatalog	83
II. Grundrechte betroffener Personen	84
III. Ausgleich mit anderen (Grund-)Rechtspositionen	88
1. Freier Datenverkehr – Verhältnismäßigkeit, Harmonisierung und Grundfreiheiten	88
2. Grundrechte und Grundfreiheiten übriger Beteiligter wie gemeinsam Verantwortlicher	91
D. Vergleich mit den Grundsätzen der zivilrechtlichen Störerhaftung	92
I. Hintergrund der Störerhaftung und Vergleich mit der gemeinsamen Verantwortlichkeit	93
II. Vergleich einzelner Tatbestandsvoraussetzungen	94
III. Vergleich der Rechtsfolgen	95
IV. Zwischenergebnis	96
Kapitel 4: Voraussetzungen für das Vorliegen gemeinsamer Verantwortlichkeit	97
A. Anforderungen an die Person des (gemeinsam) Verantwortlichen	97
I. Für juristische Personen und andere Stellen handelnde Personen	98
II. Eigenständige Stellen innerhalb einer Organisation oder juristischen Person	99
III. Behörden im Fall von Untersuchungsaufträgen	101
B. Gesetzlich vorgesehene gemeinsame Verantwortlichkeit	103
I. Regelungsspielraum der Mitgliedstaaten	103
1. Benennung des Verantwortlichen oder der Kriterien der Benennung (Art. 4 Nr. 7 Hs. 2 DSGVO)	103
2. Festlegung der Aufgaben der gemeinsam Verantwortlichen (Art. 26 Abs. 1 S. 2 a.E. DSGVO)	104
3. Festlegung der Gemeinsamkeit der Verantwortlichkeit durch weite Auslegung des Art. 4 Nr. 7 Hs. 2 i.V.m. Art. 26 Abs. 1 S. 1 DSGVO	105

II. Einzelfälle	106
1. Verarbeitungen im Zusammenhang mit Betroffenen-Rechten (Art. 12 ff. DSGVO)	107
a. Verarbeitung im Sinne des Art. 4 Nr. 2 DSGVO	107
b. Benennung der (gemeinsam) Verantwortlichen	107
2. § 11 EGVG	109
3. § 7 Abs. 5, § 8 Abs. 3 S. 4 KWG	110
4. SGB II, VII und XI	110
5. Weitere Regelungen im Überblick	111
C. Gemeinsame Verantwortlichkeit nach Art. 4 Nr. 7 Hs. 1 DSGVO	112
I. Prüfungsmaßstab und -anforderungen	112
1. Funktionelle Betrachtungsweise und Perspektive	112
a. Subjektive Perspektiven und Einflüsse	113
aa. Grundsatz der Einnahme einer nicht rein subjektiven Perspektive	113
bb. Subjektive Merkmale	113
cc. Verobjektivierte Perspektive betroffener Personen	114
b. Funktionelle Betrachtungsweise	115
2. Reichweite einer zu betrachtenden Verarbeitung (Art. 4 Nr. 2 DSGVO)	117
a. Einzelne Vorgänge	117
b. Zusammenfassung mehrerer Vorgänge als Vorgangsreihe und damit eine Verarbeitung im Sinne des Art. 4 Nr. 2 DSGVO	118
3. Faktoren außerhalb der jeweiligen Verarbeitung	120
II. Festlegung der Zwecke und Mittel – Verantwortlichkeit in Abgrenzung zur Auftragsverarbeitung und Nicht-Verantwortlichkeit	121
1. Zwecke und Mittel	121
a. Erkenntnisse aus der Gesetzgebungshistorie	122
b. Definition der Zwecke und Mittel	123
aa. Zwecke	123
(1) Zusammenhang mit weiteren Verarbeitungsumständen und Bedeutung des Verarbeitungszwecks unter der DSGVO	123
(2) Bestimmung des Zwecks	124
bb. Mittel	125
(1) Einbeziehung maßgeblicher Verarbeitungsumstände	125

(2) Die Kategorien betroffener Personen als weiterer, maßgeblicher Umstand – Bedeutung der Parametrierung	127
(a) Bedeutung der Festlegung der Kategorien betroffener Personen	127
(b) Parametrierung in der Rechtsprechung des EuGH	127
(c) Konkrete Bestimmung der Kategorien betroffener Personen	129
c. Kumulatives oder alternatives Erfordernis	130
aa. Kumulativität ohne strikte Trennung zwischen beiden Merkmalen	130
bb. Besondere Relevanz der Entscheidung über die Zwecke	131
2. Festlegung bzw. Entscheidung	133
a. Begriff der Festlegung bzw. Entscheidung	133
aa. Allgemeine Anforderungen an die Festlegung	133
bb. Kognitives Element	135
(1) Einschränkungen aufgrund der funktionellen Betrachtungsweise	136
(2) Notwendigkeit des abstrakten Wissens um stattfindende Verarbeitungen	136
(3) Anforderungen an das Wissen des Verantwortlichen	138
cc. Erfordernis des Daten-Zugriffs	139
(1) Herleitung	139
(2) Gesetzliche Verschwiegenheitspflichten und vergleichbare gesetzliche Pflichten	140
(3) Zwischenergebnis	141
dd. Ermöglichung der Datenverarbeitung und Übernehmen der Festlegungen eines anderen	141
(1) Relevanz	141
(2) Bewertung	143
ee. Eigeninteresse als Indiz für einen Festlegungsbeitrag	145
b. Abgrenzung zur Auftragsverarbeitung	146
aa. Abgrenzungsmerkmal des Auftrags und verbleibender Entscheidungsspielraum des Auftragsverarbeiters	147
(1) Auftragsverarbeitungsvertrag als Indiz	148

(2) Angewiesenheit auf Tätigkeit eines möglichen Auftragsverarbeiters als Indiz gegen das Vorliegen einer Auftragsverarbeitung	149
(3) Entwicklung der Freiwilligkeit als zusätzliches Indiz gegen das Vorliegen einer Auftragsverarbeitung	149
bb. Auftragsverarbeiter-Exzess (Art. 28 Abs. 10 DSGVO)	152
(1) Art. 28 Abs. 10 DSGVO als Bestätigung der funktionellen Betrachtungsweise	152
(2) Modifikation im Hinblick auf die Rechtsfolgen aus Art. 82-84 DSGVO	153
c. Abgrenzung zur Nicht-Verantwortlichkeit und dem Begriff des Dritten	154
aa. Abgrenzungskriterien	155
bb. Bedeutung des Begriffs des Dritten	155
3. Zwischenergebnis	156
III. Gemeinsam – Abgrenzung zur getrennten Verantwortlichkeit	157
1. Begriff der gemeinsamen Festlegung	158
2. Einbeziehung weiterer sonst Nicht-Verantwortlicher	160
a. Separate Betrachtung des räumlichen Anwendungsbereichs, Art. 3 DSGVO	160
b. Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereichs nach Art. 2 Abs. 1 DSGVO und Entfall des Erfordernisses des Daten-Zugriffs	162
c. Separate Betrachtung des sachlichen Anwendungsbereichs mit Blick auf Art. 2 Abs. 2 DSGVO	163
aa. Ausnahmen von der Anwendbarkeit nach Art. 2 Abs. 2 lit. a, b, d DSGVO	164
bb. Ausnahme von der Anwendbarkeit nach Art. 2 Abs. 2 lit. c DSGVO	164
(1) Lösung zulasten der Privilegierten	165
(2) Lösung zulasten betroffener Personen	166
(3) Lösung zulasten der übrigen (gemeinsam) Verantwortlichen bei separater Betrachtung des Anwendungsbereichs	167
3. Beschränkte Wirkung der Vereinbarung	168

4. Einordnung in das deutsche Recht	169
a. Einordnung in das öffentliche Gefahrenabwehrrecht	169
aa. Rolle der gemeinsamen Verantwortlichkeit im Ordnungsrecht im Vergleich zum Zweckveranlasser	170
bb. Anwendung der Rechtsfigur des Zweckveranlassers im Datenschutzrecht	171
(1) Notwendigkeit und systematische Erwägungen	171
(2) Entgegenstehende abschließende Regelung datenschutzrechtlicher Rollen unter der DSGVO	172
(a) Allgemeine systematische Erwägungen	173
(b) Erwägungen mit Blick auf die Regelung der Aufsichtsmaßnahmen unter der DSGVO	174
b. Zivilrechtliche Störerhaftung	175
c. Strafrechtliche Kategorien der Täter und Teilnehmer (Beteiligung)	175
5. Ungeeignete Abgrenzungskriterien	177
a. Notwendigkeit einer Offenlegung durch Übermittlung	178
b. Sachenrechtliche Positionen	178
c. Zeitliche Abfolge von Festlegungen	180
d. Gegenseitige (schriftliche) Anweisungen	180
e. Lediglich bestimmbare Verantwortlichkeit im Fall der Auftragsverarbeitung	181
6. Entwicklung eines Abgrenzungsansatzes mit Abgrenzungskriterien	182
a. Faustformel der untrennbaren Verbindung bzw. andernfalls anders gestalteten Verarbeitung	183
aa. Inhalt der Faustformel	183
bb. Beispielhafte Anwendung	184
cc. Anwendungspotenzial der Faustformel	185
b. Absprachen und weitere Kernelemente einer Zusammenarbeit	185
aa. Absprachen und Vertragsbeziehungen	186
bb. Arbeitsteiliges Vorgehen und Notwendigkeit eines solchen Vorgehens auf Rechtsfolgen-Ebene	188

cc. Kenntnis von den Verarbeitungen und den übrigen Beteiligten	188
c. Zweck-Ähnlichkeit	189
aa. Ähnlichkeit der verfolgten Zwecke	190
bb. Besonderheiten bei nicht-wirtschaftlich angelegten Verarbeitungszwecken	192
d. Daten-Nähe einschließlich des (gegenseitigen) Zugriffs auf personenbezogene Daten	193
aa. Herleitung	193
bb. Berücksichtigung anonymer Daten	194
cc. Bestimmung der Daten-Nähe	196
e. Vernünftige Erwartung der betroffenen Person als Ausprägung des Transparenzgrundsatzes	197
aa. Herleitung der Notwendigkeit der Berücksichtigung vernünftiger Erwartungen betroffener Personen	197
bb. Vergleich mit dem Transparenzansatz aus dem TDDSG von 1997	200
cc. Ermittlung der vernünftigen Erwartung und Einbeziehung in die Abwägung	201
IV. Reichweite gemeinsamer Verantwortlichkeit	203
1. Betrachtung der Verarbeitungen und Vorgänge – „Phasen“ gemeinsamer Verantwortlichkeit	203
2. Keine abgestufte gemeinsame Verantwortlichkeit	204
3. Verarbeitungen im Zusammenhang mit Aufsichtsmaßnahmen und Übermittlungen an Behörden	206
a. Verarbeitungen im Zusammenhang mit Aufsichtsmaßnahmen (Art. 58 DSGVO)	206
b. Datenübermittlungen an Behörden im Rahmen von Untersuchungen im Allgemeinen	207
aa. Mögliche Konsequenzen	208
bb. Keine gemeinsame Verantwortlichkeit nach Art. 4 Nr. 7 Hs. 1, Art. 26 Abs. 1 S. 1 DSGVO	208
cc. Zwischenergebnis	209
4. Kollision mit anderen Regelungen wie §§ 45 ff. BDSG auf Basis der JI-RL und der VO (EU) 2018/1725	210
a. Rechtsaktübergreifende gemeinsame Verantwortlichkeit aus Sicht der DSGVO	210



b. Rechtsaktübergreifende gemeinsame Verantwortlichkeit zwischen DSGVO und VO (EU) 2018/1725	211
c. Rechtsaktübergreifende gemeinsame Verantwortlichkeit zwischen DSGVO und JI-RL	212
V. Fallgruppen und Beispiele gemeinsamer Verantwortlichkeit	214
1. Gemeinsame Projekte	214
a. Gemeinsame Plattformen und Forschungskooperationen	214
b. Gemeinsam eingerichtete Kontrollstellen	216
c. Arbeitsteilig koordinierte (Vereins-)Aktivitäten	216
2. Intransparente Übermittlungen	217
3. Profile auf Internetplattformen	219
4. Outsourcing bei maßgeblichem Einfluss des Dienstleisters	221
5. Weitere (Abgrenzungs-)Beispiele	223
VI. Zwischenergebnis und Konsequenzen für die Prüfungsreihenfolge	226
Kapitel 5: Rechtsfolgen der gemeinsamen Verantwortlichkeit	228
A. Die Vereinbarung nach Art. 26 Abs. 1 S. 2, 3, Abs. 2 DSGVO	228
I. Sinn und Zweck	228
II. Festlegungen in der Vereinbarung (Art. 26 Abs. 1 S. 2, 3, Abs. 2 S. 1 DSGVO)	230
1. Rechtsnatur der Vereinbarung	231
a. Wortlaut und Systematik	231
b. Telos des Art. 26 Abs. 2 S. 1 DSGVO sowie Art. 26 Abs. 1 S. 2, 3 DSGVO	232
c. Zwischenergebnis und Konsequenzen der Rechtsnatur	233
2. Form der Vereinbarung	234
a. Form i.e.S. unter Berücksichtigung der Nachweisbarkeit	234
aa. Formerfordernis aufgrund der Nachweispflicht (Art. 5 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1 S. 1 DSGVO)	235
bb. Konkrete Erbringung des Nachweises	236
b. Transparente Form	238
aa. Anforderungen an die Transparenz	238
bb. Einzelne Problemkreise	239
c. Bedingungsfeindlichkeit	240

3. Inhalte der Vereinbarung	242
a. Festlegung durch Rechtsvorschriften	243
aa. Reichweite des Art. 26 Abs. 1 S. 2 a.E. DSGVO	243
(1) Auswirkungen auf weitere Festlegungen seitens der Verantwortlichen oder Mitgliedstaaten	243
(2) Bedeutung des Art. 26 Abs. 2 DSGVO	244
(3) Relevanz für Art. 26 Abs. 3 DSGVO	244
(4) Lenkungsfunktion der Pflichtenzuteilung des Gesetzgebers	246
bb. Fakultatives Gebrauchmachen (auch) bei öffentlichen Stellen	247
cc. Einzelfälle	248
b. Festlegung der tatsächlichen Funktionen und Beziehungen gegenüber betroffenen Personen (Art. 26 Abs. 2 S. 1 DSGVO)	249
aa. Allgemeine Anforderungen	250
bb. Bedeutung der Herausstellung der Beziehungen gegenüber betroffenen Personen	251
cc. Notwendige Informationen	252
dd. Musterformulierung	254
c. Pflichtenverteilung (Art. 26 Abs. 1 S. 2 DSGVO)	255
aa. Sinn und Zweck	255
bb. Rechtswirkungen der Pflichtendelegation	256
cc. Möglichkeiten zur Zuteilung der Pflichten	258
dd. Zuteilung der Pflichten im Hinblick auf die Wahrnehmung der Betroffenen-Rechte i.w.S.	259
(1) Art. 13, 14 DSGVO	260
(2) Art. 26 Abs. 2 S. 2 DSGVO	260
(3) Betroffenen-Rechte i.e.S. und i.w.S.	261
ee. Zuteilung anderer Pflichten	263
(1) Pflichten im unmittelbaren Zusammenhang mit der Rechtmäßigkeit einer Verarbeitung	263
(2) Dokumentations-, Abwägungs- und Konsultationspflichten (Art. 30, 35, 36 DSGVO)	264
(3) Weitere Pflichten	265
ff. Abgrenzung zu nicht-zuteilbaren Pflichten	265

d. Angabe einer Anlaufstelle für die betroffenen Personen	266
aa. Bedeutung der Regelung	266
bb. Benennung einer Anlaufstelle abgesehen von der Person des gemeinsam Verantwortlichen	267
cc. Systematische Stellung	269
e. Fakultative (Regelungs-)Inhalte	269
aa. Orientierung an Art. 28 Abs. 3 DSGVO	269
bb. Haftungsregelungen	271
cc. Kooperationspflicht(en)	271
dd. Weitere mögliche Regelungen	272
ee. Festlegungen in der Vereinbarung zu Dokumentationszwecken	273
4. Wirkung der Vereinbarung	273
a. Rechtsverhältnis zwischen den gemeinsam Verantwortlichen	274
b. Auswirkungen auf Ansprüche der betroffenen Personen	274
c. Vereinbarung als organisatorische Maßnahme	276
d. Auswirkungen auf den Grad der Verantwortlichkeit und die Beweislast	277
III. Bereitstellung des Wesentlichen der Vereinbarung (Art. 26 Abs. 2 S. 2 DSGVO)	277
1. Einordnung des Art. 26 Abs. 2 S. 2 DSGVO	278
2. Form der Zurverfügungstellung	279
3. Antragserfordernis	279
a. Anhaltspunkte im Wortlaut und Systematik für ein Antragserfordernis	280
b. Sinn und Zweck sowie Systematik im Übrigen	280
c. Berücksichtigung grundrechtlicher Positionen	281
d. Zwischenergebnis	282
4. Zeitpunkt und Anforderungen an das Zurverfügungstellen im Übrigen	282
5. Das „wesentliche“	283
a. Begriff des Wesentlichen	283
b. Anforderungen im Einzelnen	285
aa. Name und Kontaktdaten der gemeinsam Verantwortlichen sowie gegebenenfalls Kontaktdaten der Vertreter und Datenschutzbeauftragten	285

bb. Skizzierung der Zusammenarbeit unter Nennung der verfolgten Zwecke	286
cc. Angaben zur Pflichtenzuteilung nach Art. 26 Abs. 1 S. 2 DSGVO	288
dd. Anlaufstelle	289
c. Beispiel einer Information nach Art. 26 Abs. 2 S. 2 DSGVO	289
IV. Auswirkungen bei Änderungen der tatsächlichen Beziehungen	290
1. Auswirkungen mit Blick auf Art. 26 Abs. 2 S. 2 DSGVO	290
2. Auswirkungen mit Blick auf Art. 26 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 S. 1 DSGVO	291
B. (Außen-)Verhältnis gegenüber betroffenen Personen	292
I. Schadensersatz, Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche der betroffenen Person	292
1. Schadensersatz nach Art. 82 DSGVO	292
a. Beteiligung an einer Verarbeitung als Voraussetzung für die Passivlegitimation	293
aa. Verarbeitung	293
bb. Beteiligung	294
(1) Reichweite des Begriffs der Beteiligung	294
(a) Wortlaut	294
(b) Systematik	295
(c) Regelungshistorie	295
(d) Zwischenergebnis und Vorschlag einer Definition des Begriffs	296
(2) Einschränkung durch das Erfordernis der Kausalität	297
(3) Beispielhafte Anwendung auf den Fall eines Social Plugins	298
(4) Differenzierung zwischen getrennter und gemeinsamer Verantwortlichkeit	298
(5) Zwischenergebnis	299
b. Verstöße mit Blick auf die Besonderheiten gemeinsamer Verantwortlichkeit	299
aa. Verstöße gegen Art. 26 DSGVO	299
(1) Anforderungen an den Zusammenhang mit einer Verarbeitung im Allgemeinen	300
(2) Übertragung auf die Pflichten aus Art. 26 DSGVO	301

(3) Übertragung auf Art. 5 Abs. 1 lit. a DSGVO	302
(4) Zusammenhang zwischen Verstoß und Schaden	302
bb. Verstöße im Zusammenhang mit Betroffenen-Rechten	303
c. Entlastungsbeweis (Art. 82 Abs. 3 DSGVO)	304
aa. „Verantwortlich“ für den Umstand	304
bb. Anforderungen an den Entlastungsbeweis mit Blick auf die gemeinsame Verantwortlichkeit	305
d. Gesamtschuldnerische Haftung (Art. 82 Abs. 4 DSGVO)	306
aa. Voraussetzungen des Art. 82 Abs. 4 DSGVO	306
bb. Gesamtschuldnerische Haftung als Rechtsfolge und ihre Bedeutung	306
cc. Bedeutung im Vergleich zu Art. 26 Abs. 3 DSGVO	308
e. Zwischenergebnis	309
2. Besonderheiten mit Blick auf weitere Ansprüche	309
a. Europarechtliche Zulässigkeit weiterer Ansprüche	310
b. Berücksichtigung vorrangiger Wertungen der DSGVO	311
3. Einschränkung durch das Provider-Privileg	312
a. Auswirkungen auf die Haftung datenschutzrechtlich Verantwortlicher	312
b. Gleichlauf der Haftung im Übrigen	313
II. Zivilrechtliche Störerhaftung neben gemeinsamer Verantwortlichkeit	315
1. Eigenständiger Anwendungsbereich der Störerhaftung hinsichtlich des Inhalts der Daten	315
2. Raum für eine ergänzende Anwendung der Störerhaftung	317
a. Ergänzende Sanktion im Sinne von Art. 84 Abs. 1 DSGVO	317
aa. Grundsätze der Störerhaftung als eine Sanktion	317
bb. Merkmal des Verstoßes gegen die DSGVO	318
cc. Berücksichtigung des Telos der Norm	318
dd. Notifizierung nach Art. 84 Abs. 2 DSGVO	319
b. Außergerichtlicher Rechtsbehelf im Sinne des Art. 79 Abs. 1 DSGVO	319

c. Ergänzende Schadensersatzforderung im Sinne des Erwägungsgrunds 146 S. 4 DSGVO	320
d. Bedeutung der Störerhaftung neben der gemeinsamen Verantwortlichkeit	321
III. (Weitere) Betroffenen-Rechte	321
1. Gesamtschuld als Folge des Art. 26 Abs. 3 DSGVO und eingeschränkte Berufung auf den Einwand der Unmöglichkeit	322
a. Wirkung des Art. 26 Abs. 3 DSGVO im Allgemeinen	322
b. Wirkung des Art. 26 Abs. 3 DSGVO mit Blick auf eine Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit	323
c. Anwendung auf den Fall einer gemeinsam betriebenen Online-Plattform	324
2. Passivlegitimation differenziert nach Betroffenen- Rechten	325
a. Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)	325
b. Zurverfügungstellung des Wesentlichen der Vereinbarung (Art. 26 Abs. 2 S. 2 DSGVO)	326
c. Benachrichtigung nach Datensicherheitsverletzung (Art. 34 DSGVO)	326
d. Rechte aus verbindlichen internen Datenschutzvorschriften (vgl. Art. 47 Abs. 1 lit. b, Abs. 2 lit. e DSGVO)	327
e. Wirksamer Rechtsbehelf (Art. 79 DSGVO)	328
C. Besonderheiten im Hinblick auf Aufsichtsmaßnahmen (Art. 58, 83, 84 DSGVO)	328
I. Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden bei gemeinsam Verantwortlichen	329
1. Sachliche Zuständigkeitskonflikte	329
2. Territoriale Zuständigkeitskonflikte	330
a. Parallelzuständigkeiten und das Konzept der federführenden Aufsichtsbehörde	330
b. Beschränkung der Regelungskompetenz nach Art. 26 Abs. 1 S. 2 a.E. DSGVO auf das eigene Hoheitsgebiet	332
II. Verstöße gegen die besonderen Pflichten aus Art. 26 DSGVO	334
1. Verstoß gegen den Transparenzgrundsatz aus Art. 5 Abs. 1 lit. a DSGVO	334
2. Auslösen von Abhilfemaßnahmen	335

III. Adressatenauswahl bei Maßnahmen gegen gemeinsam Verantwortliche	337
1. Umfang der Berücksichtigung des mitgliedstaatlichen Verfahrensrechts	337
2. Kreis der möglichen Adressaten	339
3. Ermessensausfall und Ermessensunterschreitung	340
4. Kriterien bei der Auswahl unter mehreren gemeinsam Verantwortlichen	343
a. Vorliegen gemeinsamer Verantwortlichkeit	343
b. Effektivität als Leitkriterium mit weiter Betrachtung des Verstoßes	343
aa. Reichweite des zu betrachtenden Verstoßes unter der DSRL und dem BDSG a.F.	344
bb. Weite Auslegung des zu betrachtenden Verstoßes unter der DSGVO	345
cc. Konsequenzen für die Beurteilung der Effektivität einer Maßnahme	347
c. Weitere Kriterien, angelehnt an das Polizei- und Ordnungsrecht	348
d. Grad der Verantwortlichkeit als besonderes Kriterium	349
aa. Maßgebliche Kriterien für den Grad der Verantwortlichkeit	350
bb. Auswirkungen der Festlegungen in der Vereinbarung	351
(1) Darstellung der tatsächlichen Funktionen und Beziehungen (Art. 26 Abs. 2 S. 1 DSGVO)	351
(2) Aufgabenverteilung (Art. 26 Abs. 1 S. 2 DSGVO)	352
cc. Rechtsvorschrift anstelle der Vereinbarung	354
dd. Differenzierung nach Pflichten	354
IV. Besonderheiten bei Untersuchungsbefugnissen	355
V. Besonderheiten bei der Verhängung von Bußgeldern nach Art. 58 Abs. 2 lit. i, Art. 83 DSGVO	357
1. Auswahl des Adressaten mittels Ausübung eines „Entschließungsermessens“	357

2. Zu berücksichtigende Kriterien mit Blick auf jeden einzelnen gemeinsam Verantwortlichen	359
a. Grad der Verantwortlichkeit	359
aa. „Verantwortung“ statt „Verantwortlichkeit“	360
bb. Zusammenhang mit technischen und organisatorischen Maßnahmen	360
cc. Zwischenergebnis und Folgen der Berücksichtigung des Grads der Verantwortlichkeit	361
b. Weitere „persönliche“ Kriterien	362
c. Verarbeitungs- bzw. verstoßbezogene Kriterien	364
VI. Besonderheiten bei weiteren Sanktionen nach dem nationalen Recht (Art. 84 DSGVO)	365
D. Innenverhältnis – Rechtsbeziehungen zwischen den gemeinsam Verantwortlichen	366
I. (Gesellschafts-)Rechtliche Einordnung der Zusammenarbeit	366
1. Vergleich der Pflichten aus Art. 26 DSGVO mit Festlegungen in Gesellschaftsverträgen	367
2. Einordnung in das Gesellschaftsrecht	368
3. Wechselwirkungen zwischen Datenschutzrecht und Gesellschaftsrecht	369
II. Gesetzliche Bearbeitungsbefugnis im Hinblick auf Ersuchen betroffener Personen	371
III. Potenzielle gegenseitige Ansprüche	373
1. Anspruch auf Mitwirkung bei der Festlegung in einer Vereinbarung (Art. 26 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 DSGVO)	374
a. Herleitung des Anspruchs	374
aa. Wortlaut und Systematik	375
bb. Telos	376
b. Einwand des Kontrahierungszwangs	378
c. Anspruchsinhalt mit Blick auf Mitwirkung, Offenlegung und Auskunft	378
2. Ansprüche im Zusammenhang mit Betroffenen-Rechten	381
3. Regress nach (Schadensersatz-)Inanspruchnahme durch betroffene Personen (Art. 82 Abs. 5 DSGVO)	383
a. Anspruchsvoraussetzungen und -inhalt	383
b. Beweislastverteilung	385
c. Regelungsspielraum des nationalen Gesetzgebers und der gemeinsam Verantwortlichen	386



4. Weitere Ansprüche im Innenverhältnis	387
a. Art. 82 Abs. 1, 2 DSGVO als Anspruchsgrundlage zwischen den gemeinsam Verantwortlichen	387
aa. Wortlaut und Systematik	387
bb. Regelungshistorie	389
cc. Sinn und Zweck	389
dd. Zwischenergebnis	389
b. Anspruchsgrundlagen nach dem nationalen Recht	390
5. (Besonderer) Gerichtsstand bei Klagen gemeinsam Verantwortlicher	391
a. Gerichtsstand nach Art. 79 Abs. 2 S. 1 DSGVO	392
b. Gerichtsstand nach der EuGVVO	392
E. Verhältnis zu weiteren Regelungen der DSGVO	393
I. Erfordernis einer Rechtsgrundlage (Art. 6, 9 DSGVO)	394
1. Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a, Art. 7, 8 DSGVO)	395
2. Berechtigtes Interesse (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO)	397
a. Personen, deren Interessen einzubeziehen sind	397
b. In die Abwägung einzustellende Aspekte	400
3. Privilegierung der gegenseitigen Datenübermittlung	401
a. Verarbeitungen (Art. 4 Nr. 2 DSGVO) wie Offenlegung bei Zugriff eines gemeinsam Verantwortlichen	401
b. Privilegierung nach Art. 6 Abs. 4 DSGVO	403
c. Privilegierung der gegenseitigen Datenübermittlung im Übrigen	404
aa. Wortlaut und Systematik bezüglich Begriff des Dritten und des Empfängers	405
(1) Bedeutung unter dem BDSG a.F.	405
(2) Bedeutung unter der DSGVO	406
bb. Teleologische Auslegung und Vergleich mit der Auftragsverarbeitung	408
cc. Historische Auslegung	410
dd. Zwischenergebnis	410
II. Notwendigkeit einer Datenschutz-Folgenabschätzung (Art. 35 Abs. 1 S. 1, Abs. 3, 4 DSGVO)	411
1. Zwingende Durchführung beim Vorliegen gemeinsamer Verantwortlichkeit	411
2. Gemeinsame Verantwortlichkeit als zu berücksichtigender Umstand	412

3. Vornahme einer einzigen Abschätzung für ähnliche Verarbeitungen (Art. 35 Abs. 1 S. 2 DSGVO)	413
III. Gemeinsame Beauftragung eines Auftragsverarbeiters	414
1. Auswirkungen der Einschaltung eines Auftragsverarbeiters auf eine gemeinsame Verantwortlichkeit	415
2. Beauftragung durch einen gemeinsam Verantwortlichen	415
3. Beauftragung durch mehrere gemeinsam Verantwortliche	416
4. Auswirkungen des Privilegs der Auftragsverarbeitung	417
F. Überprüfungs- und Überwachungsobliegenheit als Konsequenz	417
I. Auswahlverantwortung unter dem BDSG a.F. und der DSRL	417
II. Obliegenheit unter der DSGVO	419
III. Nichtbeachtung und Folgen für Schadensersatzansprüche betroffener Personen insbesondere nach Art. 82 DSGVO	419
IV. Nichtbeachtung und Folgen für Aufsichtsmaßnahmen (Art. 58, 83 f. DSGVO)	420
G. Auswirkungen auf andere Rechtsakte	421
Kapitel 6: Schlussbetrachtung	424
A. Resümee und Ausblick	424
B. Zusammenfassung in Thesen	426
Literatur- und Quellenverzeichnis	441